



Vorlage 2023/012
Datum: 03.02.2023
AZ:

Antrag B90/Die Grünen-Fraktion: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den ihn betreffenden Themen in der Stadt Munster

Beratungsfolge

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
23.02.2023	Ausschuss für Jugend, Soziales und Teilhabe	Öffentlich	Beschlussempfehlung
02.03.2023	Verwaltungsausschuss	Nichtöffentlich	Beschluss
23.03.2023	Rat der Stadt Munster	Öffentlich	Beschluss

Beschluss

Der Antrag auf moderierte Durchführung eines Jugendforums wird abgelehnt.

Zunächst werden Vertreter der Kommunalpolitik und Mitarbeitende der Stadt Munster benannt, die sich zum Thema „nachhaltige Jugendbeteiligung“ fortbilden und ein nachhaltiges Konzept der Jugendbeteiligung in Munster sukzessive umsetzen.

Sachverhalt

Gem. §36 NkomVG sollen die Gemeinden Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Hierzu sollen die Gemeinden über die in ebendiesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohner*innen hinausgehende, geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.

Dem entsprechend wurde im Jahre 1996 das erste Jugendparlament gewählt. Die letzte Wahl fand im Jahre 2009 statt. Das Jugendparlament bestand zu dieser Zeit aus neun Mitgliedern zwischen 13 und 18 Jahren, wobei ggf. noch zwei weitere Jugendliche hinzugewählt werden konnten.

Im Jahre 2012 versuchte man auf Antrag, das Parlament wiederzubeleben. Auf Grund mangelnder Rückmeldung/Vorschläge seitens der Schülerschaft scheiterte das Vorhaben. Einen Arbeitskreis mit dem Ziel die Jugendbeteiligung zu stärken wurde gegründet.

Versuche und Vorschläge wie Infoveranstaltungen und Podiumsdiskussionen, Besetzung des Parlaments durch Abordnungen von Schülervertreter*innen, kürzere Legislaturperioden, Fragebögen, Referenten anderer Jugendparlamente gewinnen und Ähnliches verliefen erfolglos oder wurden auf Grund des „Austritts“ der Initiatoren aus dem Jugendalter nicht weiterverfolgt. Verschiedene geplante Termine des AK kamen nicht zustande. Der AK wurde im Jahr 2014 neu konstituiert.

Im selben Jahr fand eine Sitzung des Oberen Oertzel LEADER Region statt, die Jugendbeteiligung zum Thema hatte. Hier ergaben sich einige Erkenntnisse über die Wünsche und Vorstellungen von Jugendlichen konkret für Münster. Hauptthemen waren bspw.: Tanzveranstaltungen, Music in the City an den Wochenenden, Einrichtung und Betrieb eines Jugend-Cafés.

Im Jahr 2015 wurden zwei Schüler gefunden, die sich zur Mitarbeit bereit erklärten. Am Ende des Jahres 2015 fand ein Jugendforum im Bürgerhaus statt. Vorschläge aus dem Kreis der Jugendlichen waren: Eine Facebook Seite für Jugendliche der Stadt Münster, auf der öffentlich Fragen an Politik und Verwaltung gestellt und beantwortet werden können und der Wunsch, politische Informationen an Schulen zu tragen. Die Vorschläge wurden in den entsprechenden Gremien diskutiert. Die Facebook Seite auf Grund der personellen Ressourcen und dem Verweis auf die „Sag´s uns einfach“ Rubrik der HP nicht weiterverfolgt. Dem Wunsch nach politischer Information in den Schulen wurde insofern entsprochen, dass die Verwaltung das Angebot hierüber den Schulleiter*innen antrug. Einen Stadtschülerrat, den man zur Mitarbeit gewinnen könnte, existiert in Münster nicht. Dies könnte ein Indiz für das mangelnde Interesse an Partizipation durch Jugendliche darstellen. Eine Bewerbung im Jahr 2022 bei dem Projekt „Jugend entscheidet“ zur Jugendbeteiligung in Kommunen scheiterte knapp. Diese Maßnahme erfüllt die

Anforderungen an eine nachhaltige und erfolgreiche Jugendpartizipation durch Projektbegleitung und Teilnehmercoaching.

Nachhaltige Jugendpartizipation ist nach allgemeiner Auffassung von zwei Faktoren abhängig: „Zum einen soll sie (Beteiligung) den Jugendlichen Spaß machen, zum anderen ernst gemeint sein.“ (Q.: Landesjugendring)

Ein Beteiligungsprozess sollte daher ein festes Fundament bekommen. Hierzu sollten sich die Initiatoren des Vorhabens, welche idealer Weise aus Politik, verantwortlichen Mitarbeitenden der Verwaltung, Erzieher*innen und Ansprechpartner*innen der städtischen Jugendarbeit und interessierten Jugendlichen besteht zunächst über Programme und Ansätze informieren. Es gibt verschiedene Anbieter, die Seminare für Politiker*innen und verantwortliche Mitarbeitende der Verwaltungen anbieten. Eine Veranstaltung, auf der man Ideen sammelt, erfüllt aus Sicht der Verwaltung das Ziel der Mitbestimmung eher kurzweilig.

Haushalt

keine

Anlagen

Antrag Bündnis90/Die Grünen vom 13.10.2022

Rundschreiben Akademie für Kinder-und Jugendparlamente